

relativen Mehrheit; die SPD holt bei allerdings niedrigem Ausgangsniveau beträchtlich auf, die PDS verliert zwar an Boden, behauptet sich aber einstweilen; die Kräfte, die die friedliche Revolution in der DDR angeschoben haben, finden (soweit sie nicht in den Großparteien aufgegangen sind) weiterhin geringen Zuspruch, können sich fast durchwegs nur im Verbund mit den Grünen behaupten; die DSU hat ausgedient; die alten Blockparteien sind in den entsprechenden bundesrepublikanischen Schwesterparteien aufgegangen; die FDP beginnt sich auf einem ihrem Wähleranteil in der Bundesrepublik vergleichbaren Niveau zu stabilisieren.

So werden wenigstens eine Zeitlang als „Sondergut“ aus der ehemaligen DDR in der gesamtdeutschen Parteienlandschaft verbleiben eine parlamentarisch nicht bedeutsame, aber politisch vermutlich recht agile PDS am linken Rand und in spannungsreicher Kooperation mit den Grünen Reste des Bündnis 90. Diese Gesamtkonstellation wird nach der vom Bundesverfassungsgericht erzwungenen Änderung des Bundeswahlgesetzes auch die Gewichte im ersten gesamtdeutschen Bundestag bestimmen. Ansonsten wird die gesamtdeutsche politische Landschaft fast schon *auffallend* „bundesrepublikanisch“ normal. Vom Wahlsplitting wird – bewußt oder in Unkenntnis der Bedeutung der Zweitstimme – auch schon reichlich Gebrauch gemacht. Und das erste „Patt“ (in Mecklenburg) stellte sich ebenfalls schon gleich ein.

Die Aussichten der Bonner Koalitionsparteien, die nächste Bundestagswahl zu gewinnen, könnten nach dem Ergebnis vom 14. Oktober kaum besser sein (zu gut, als daß die Prognosen nicht noch zu Verlusten führen müßten). Ob aber die jetzt sich abzeichnenden Kräfteverhältnisse sich über die nächste Legislaturperiode hinaus bestätigen werden, ist damit nicht gesagt.

Der Prozeß der deutschen Einigung hat Risse und Klüfte im traditionellen Parteiensystem der Bundesrepublik überdeckt. Das Thema Erosion der Volksparteien ist aus der politischen

Diskussion vorübergehend verschwunden. Die Risse und Klüfte dürften aber bald wieder sichtbar werden, wenn in Deutschland mit der noch aufzuarbeitenden Erblast aus dem Bereich der ehemaligen DDR parteipolitischer Alltag eingekehrt ist.

Einer der interessantesten Punkte wird dabei sein, wie sich das *Verhältnis SPD-PDS* gestaltet. Gelingt es der SPD, die Wählerschaft der SED-Nachfolgerin aufzusaugen, oder wird die PDS zum Spaltpilz im linken Spektrum der SPD? Aber auch der *Union* ist der Status als „geborene“ Mehrheitspartei keineswegs gewiß. Es wird sehr darauf ankommen, wie sie die unterschiedlichen sozialen und regionalen Strebungen zu einem gesamtdeutschen Profil verarbeitet und dabei als „C“-Partei, die vorwiegend als *Partei der wirtschaftlichen Sachkompetenz* gewählt wird, eine dem Wähler vermittelbare Identität behauptet. se

Rückkehr von Haß?

Politikerattentate geben Anlaß, nach unseren Politikerwartungen zu fragen

Nach dem Attentat auf Bundesinnenminister *Wolfgang Schäuble*, erst wenige Monate nach dem in seinen Folgen glimpflicheren Anschlag einer Geistesgestörten auf den saarländischen Ministerpräsidenten und SPD-Kanzlerkandidaten *Oskar Lafontaine* wurde im Entsetzen über die Tat, über das Schicksal des Betroffenen und die möglichen Folgen für die Politik in Deutschland nebst neuen Debatten über noch zu verbessernde Sicherheitsmaßnahmen auch die Frage gestellt, warum Politiker nicht nur in Gefahr sind, Opfer ideologisch und menschlich bankrotter Terroristen, sondern zunehmend auch von Psychopathen zu werden und ob diese Gefahr nicht auch zu tun hat mit dem öffentlichen Umgang mit Politikern (und spiegelverkehrt auch mit dem Umgang von Politikern mit der Öffentlichkeit).

Die Frage erscheint weit hergeholt. Es

ist riskant, wie es „Die Welt“ vom 15. Oktober tat („Man haßt hier wieder“), pauschal von „der Rückkehr von Haß“ in die politische Öffentlichkeit zu sprechen, und natürlich noch riskanter, gar Taten von seelisch Gestörten mehr oder weniger direkt darauf zurückzuführen. Der erkennbar sich ausbreitende Trend, richtungslos und ungezielt „die Politik“ oder „die Politiker“ für alle möglichen Mißstände haftbar zu machen (nicht nur allgemein, sondern auch persönlich), erklärt in keiner Weise, wieso psychisch oder geistig Gestörte sich Politiker als Mordopfer aussuchen.

Denn erstens ist – vom Problem der Schuldfähigkeit und der Schuldeinsichtigkeit einmal abgesehen – die Neigung, Politiker als die öffentlich faßbarsten Personen für alle wahrgenommenen, in ihren Ursachen aber nicht einsichtigen Übel verantwortlich zu machen, nicht neu, sondern war immer schon ein Stilmittel gesellschaftlicher Komplexitätsreduzierung des gemeinen Mannes. Von der Politik und von ihrem Lebensschicksal mehr oder weniger getroffene Bürger machen sich eben so ihr Bild der Wirklichkeit zurecht.

Zweitens gibt es – soweit zwischen individueller Pathologie und politisch/öffentlichem Anlaß überhaupt ein Zusammenhang herstellbar ist – näherliegende Erklärungsgründe dafür: die besondere Atmosphäre von Massenveranstaltungen mit dem politischen Akteur als personifiziertem Mittelpunkt übt auf seelisch Labile eine besondere Faszination aus und hilft unbewußt Hemmschwellen abzubauen; der Politikkontakt von selbstisolierten einzelnen über die Medien kann entsprechend disponieren; der Nachahmungsanreiz, der von einzelnen Gewalttaten ausgeht, ist bei pathologisch belasteten Personen offensichtlich groß.

Überdies: so haßerfüllt ist das öffentliche politische Klima nicht, daß dadurch speziell psychisch Labile zu Mordtaten animiert würden. Jeder diesbezügliche Vergleich des heutigen Deutschland (im Osten wie im Westen) mit Weimar, wie ihn der zitierte Kommentar der „Welt“ anstellte, ver-

bietet sich trotz punktueller Radikalisierungserscheinungen von der Randal jugendlicher Außenseiter bis zu terroristischen Aktionen selbstisolierter einzelner und Gruppen von selbst.

Aber zu denken gibt diese Tendenz, Politiker zu Schuldigen für alle Ausfallerscheinungen, auch solche des persönlichen Glücks zu machen, schon. Denn ihr liegt ein unser gesellschaftliches Zusammenleben sehr allgemein bestimmendes Problem zugrunde. Es ist ebenso ein Produkt fortschreitender Individualisierung und Privatisierung wie der Wirkungen des modernen Interventionsstaates. Gemeint ist die bewußtseinsmäßige Verlagerung der moralischen Verantwortlichkeit weg vom einzelnen hin zu den Institutionen und zugleich weg von der Gesellschaft hin zum Staat.

Solche Verlagerung von Verantwortlichkeit ist angesichts des Komplexitätszuwachses unserer Gesellschaft ein Stück weit natürlich und unvermeidlich. Der einzelne ist viel stärker in systembedingte Entscheidungsprozesse und ihre Folgen eingebunden, insofern muß auch mehr kollektiv verantwortet werden. Es fällt aber auf, daß trotz vielstimmiger Klagen über die Abhängigkeit von Politik und Gesetzgebung von der öffentlichen Verwaltung einerseits und organisiertem Interesse andererseits vor allem *Politiker* und sie allein für alle wahrgenommenen oder empfundenen Übel verantwortlich gemacht werden.

Auch das ist an sich begreiflich. In ihnen läßt sich Öffentlichkeit resp. öffentliche Verantwortung am anschaulichsten personifizieren. *Verwaltung* und *Interessenvertretung* bleiben jedenfalls in der medial vermittelten Öffentlichkeit dagegen stärker im Hintergrund. Politiker eignen sich besser als Projektionsadressat, an dem sich von sich selbst abgespaltene Verantwortlichkeiten festmachen lassen. Aber der Weg vom Sündenbock zum öffentlichen Bösewicht, der an allem schuld ist, wird so kurz.

Der Drogengeschädigte, der in seinen Wahnvorstellungen den Minister für sein Unglück verantwortlich macht,

symbolisiert so zumindest ein Problem, das sich um so nachhaltiger bemerkbar macht, als wir uns an versorgungsstaatliches Denken gewöhnen und Politik von Politikern selbst so dargestellt wird, als könnte Politik alle Probleme, auch die existentiellen, auch die selbstverursachten lösen, oder sie sei zumindest dazu verpflichtet. Wer aber für alles verantwortlich gemacht wird (oder sich machen läßt), der wird in Krisenzeiten leicht zum Gegenstand kollektiven Hasses auch und gerade im demokratischen Staat. Deswegen muß über Politikerverwartungen und Politikversprechungen gleichermaßen neu nachgedacht werden.

Plausibel

Eine katholische Stellungnahme zum Bevölkerungsproblem

„Weniger Menschen durch weniger Armut, nicht: weniger Armut durch weniger Menschen.“ Das ist der Kernsatz einer Stellungnahme zum Thema Armut und Bevölkerungsentwicklung in der Dritten Welt, die Mitte Oktober von der Wissenschaftlichen Arbeitsgruppe für weltkirchliche Aufgaben der Deutschen Bischofskonferenz veröffentlicht wurde. Autoren des Textes sind der Bonner Moraltheologe *Franz Böckle*, der Gießener Volkswirtschaftler *Hans-Rimbert Hemmer* und der Bonner Agrarsoziologe *Herbert Kötter*. Der Studie geht es vor allem um den Aufweis, daß eine auf Maßnahmen zur Familienplanung beschränkte Bevölkerungspolitik zu kurz greift, weil sie das Geflecht von Faktoren, das für die Bevölkerungsexplosion in der Dritten Welt bestimmend ist, außer acht läßt.

Demgegenüber plädieren sie für ein *Gesamtkonzept*, das bei der Bekämpfung der *Massenarmut* ansetzt und auf diesem Weg Bedingungen für eine Verringerung der Kinderzahl schafft. Die Propagierung der Geburtenregelung stoße erfahrungsgemäß ins Leere, wenn nicht die Grundbedin-

gungen einer menschenwürdigen Existenz geschaffen würden. Die Förderung der Familienplanung dürfe nicht Mittel der ökonomisch reichen Zivilisationen sein, die ihnen gefährlich scheinende Bevölkerungsexplosion einzudämmen, sondern eine Hilfe, um nach der Überwindung der Armut eine neue Freiheit zu ermöglichen.

Die Autoren fordern eine Veränderung sowohl der externen wie der internen Rahmenbedingungen für die Bevölkerungsentwicklung in der Dritten Welt, wobei im ersten Fall die Industrieländer zu einer Umstrukturierung der ungleichen wirtschaftlichen Austauschbeziehungen mit den Entwicklungsländern aufgerufen sind, während im zweiten Fall die Verantwortung der vielfach überreichen Eliten in den Ländern der Dritten Welt gefragt ist.

Gefordert werden u. a. Hilfen beim Aufbau einer relativ einfachen Infrastruktur und einer beschäftigungsorientierten Industrie in den unterentwickelten Ländern und die internationale Öffnung der Märkte für Produkte aus den Entwicklungsländern durch Verzicht auf Protektionismus in den hochindustrialisierten Ländern. Eine Steuerung des Bevölkerungswachstums könne nur gelingen, wenn die Aufgabe gemeinsam angegangen werde. Ein besonderes Augenmerk der Stellungnahme gilt auch der *Verantwortung und Entscheidung der Betroffenen*, die auf keinen Fall übergangen werden dürfe: Optimale Bevölkerungsentwicklung ergebe sich nicht als ein dem Menschen ohne Anspruch an seine Freiheit von außen oder „oben“ aufgenötigtes Schicksal.

In ihrer Skepsis gegenüber staatlichen Maßnahmen in der Bevölkerungspolitik (Zwangmaßnahmen werden aus ethischen Gründen abgelehnt) und in ihrer Betonung der Verantwortung der Betroffenen befindet sich die Stellungnahme im Einklang mit der Position, wie sie in der katholischen Kirche lehramtlich vertreten wird. Der Text ist denn auch deutlich bemüht, die Kirche und ihren Beitrag zur Lösung des Bevölkerungsproblems zu würdigen und gegen Angriffe in Schutz zu nehmen. So heißt es, entge-